

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Liebe Leserinnen und Leser,

Glückauf aus Berlin. Eine weitere Sitzungswoche ist zu Ende gegangen. Viele wichtige Themen standen auf dem Programm und neben unserer montäglichen Teambesprechung arbeite ich mich immer durch meine Poststapel durch.



Nachtragshaushalt 2015: Großes Entlastungspaket für Kommunen

Nur wenn wir heute klug investieren, ist unser Land auch morgen noch gut aufgestellt. Deshalb bleibt es bei der im Koalitionsvertrag verankerten Maxime: Mehreinnahmen werden vorrangig für Investitionen eingesetzt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dafür gesorgt, dass 15 Milliarden zusätzlich im Bundeshaushalt bereitstehen, um in Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz zu investieren und Kommunen zusätzlich zu entlasten. Dieses Paket bringen wir jetzt mit dem Nachtragshaushalt auf den Weg.

Mit einem kommunalen Investitionsfonds in Höhe von 3,5 Mrd. Euro greifen wir zudem finanzschwachen Kommunen gezielt unter die Arme, damit diese nicht den Anschluss verlieren und eine angemessene Daseinsvorsorge anbieten können. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass der Bund die Städte und Gemeinden bei den steigenden Kosten für Flüchtlingen strukturell und substanziell entlastet. Denn es darf nicht sein, dass Kommunen in die Zwangslage kommen, ihre eigentlichen Aufgaben vernachlässigen zu müssen.



Die Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, für die auch Bund und Länder angemessen Verantwortung übernehmen müssen. Hier erwarten wir beim Treffen der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder im Juni endlich eine klare und konkrete Übereinkunft.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

12 Millionen Euro mehr für die Integration junger Migrantinnen und Migranten

Das ist eine gute Nachricht für die Jugendmigrationsdienste in den Kreisen Coesfeld und Steinfurt.

Das ist eine gute Nachricht, insbesondere für junge Menschen mit Migrationshintergrund, die ihre Ausbildung in Deutschland fortführen möchten oder individuelle Begleitung bei ihrem Integrationsprozess brauchen.

Die Große Koalition in Berlin hat beschlossen, dass es hier insgesamt zwölf Millionen Euro mehr geben soll. Hintergrund ist die in dieser Woche im Haushaltsausschuss beschlossene Mittelerhöhung im Nachtragshaushalt 2015. Für die Jugendmigrationsdienste (kurz JMD) gibt es acht Millionen Euro mehr und für den Garantiefonds Hochschulbereich vier Millionen Euro on Top. Unbestritten leisten die Dienste eine mehr als wertvolle Arbeit, gerade vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen. Auch viele junge Menschen, teils auch unbegleitete Minderjährige, kommen zurzeit nach Deutschland.

Für sie sind die Jugendmigrationsdienste mit ihren über 430 Standorten in ganz Deutschland häufig ebenfalls wichtige Anlaufstellen. Die Jugendmigrationsdienste, wie z.B. in Dülmen, unter-

stützen junge Menschen im Alter zwischen 12 und 27 Jahren mit individuellen Angeboten bei ihrem Integrationsweg in Deutschland. Der Garantiefonds Hochschulbereich ermöglicht jungen Flüchtlingen unter 30 Jahren mit einem Stipendium ein Hochschulstudium.

12 Millionen Euro mehr zur Verbesserung von Integrationschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund sind gut investiertes Geld.

Bessere Durchlässigkeit in der beruflichen und akademischen Bildung

Die Koalition begleitet mit diesem Antrag den diesjährigen Berufsbildungsbericht und flankiert die Arbeit des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Im Mittelpunkt steht die Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung. Gerade die barrierefreie Durchlässigkeit der beiden Ausbildungsbereiche eröffnet zahlreiche individuelle Bildungs- und Beschäftigungskarrieren. Hervorzuheben ist zudem die Forderung nach der Entwicklung von kohärenten Konzepten für die Verbesserung der Berufs- und Studienorientierung, damit Ausbildungs- und Studienabbrüchen vorgebeugt wird, die Novellierung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz, um die Förderung der beruflichen Weiterbildung zum Meister, Techniker oder Fachwirt zu verbessern und zu erweitern und bei Jugendlichen mit

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Migrationserfahrung und ihren Familien über die Prinzipien der dualen Ausbildung zu informieren und zu werben.



Flüchtlinge im Mittelmeer: Solidarisch helfen, Ursachen bekämpfen

Der Strom an Menschen, die unter Lebensgefahr versuchen, vor Krieg und Gewalt nach Europa zu fliehen, wird auf absehbare Zeit nicht abreißen. Europa kann diese humanitäre Herausforderung nur gemeinsam bestehen. Es muss entschlossen handeln und sich auf seine gemeinsamen Werte der Mitmenschlichkeit und der gegenseitigen Solidarität besinnen. Oberste Priorität hat die Seenotrettung, um weitere Tote auf dem Mittelmeer zu verhindern. Gleichzeitig muss Europa seine bisherigen Anstrengungen verstärken, um die politische und wirtschaftliche Situation in den Transit- und Herkunftsländern zu stabilisieren.

Die Große Koalition hat bereits beschlossen, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bis 2019 deutlich um rd. 8,3 Mrd. Euro zu erhöhen.

Denn nur wenn wir die Fluchtursachen bekämpfen, werden wir den Flüchtlingsstrom langfristig verringern können. Bis dahin müssen wir das skrupellose Geschäft von Schlepperbanden unterbinden. Bis dahin gilt es in Kooperation mit den Autoritäten vor Ort, Maßnahmen gegen das skrupellose Geschäft von Schlepperbanden zu ergreifen. Die Option eines Einsatzes militärischer Mittel kann nur auf der Basis eines UN-Mandates geprüft werden. Sie kann ohnehin nur ein Teil einer umfassenderen Gesamtstrategie sein.



Europa muss beim Thema Flüchtlinge zeigen, dass es fähig ist, sich auf nachhaltige Lösungen zu verständigen. Deshalb unterstützen wir den Vorstoß der EU-Kommission, die Verantwortung für die Aufnahme und die Versorgung der Flüchtlinge solidarisch unter den Mitgliedsstaaten anhand eines Quotensystems aufzuteilen, das die jeweilige Leistungsfähigkeit und Bevölkerungsgröße berücksichtigt.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Beteiligung an EU-Operation ATALANTA fortsetzen

Deutschland beteiligt sich seit Dezember 2008 ununterbrochen an der Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias im Rahmen der EU-geführten Operation ATALANTA. Das Seegebiet vor Somalia, vor allem den Golf von Aden sicher und offen zu halten, bleibt eine wichtige Aufgabe internationaler Sicherheitspolitik und liegt im unmittelbaren Interesse Deutschlands. Zudem werden hierdurch die Transportkapazitäten für humanitäre Lieferungen nach Somalia bereitgestellt. Mit dem vorliegenden Antrag soll die Beteiligung an der Operation ATALANTA, innerhalb des Mandats des VN-Sicherheitsrates und eines entsprechenden Beschlusses des Europäischen Rates bis zum 31. Mai 2016 fortgesetzt werden. Die personelle Obergrenze der Operation ATALANTA soll von bislang 1.200 auf 950 Soldatinnen und Soldaten reduziert werden. Vor dem Hintergrund der erfolgreichen Eindämmung der Piraterie ist die bereits im zurückliegenden Mandatszeitraum eingeleitete, schrittweise Absenkung der Mandatsobergrenze möglich und aus militärischer Sicht folgerichtig. Um die tiefer liegenden Ursachen der Piraterie zu bekämpfen, beteiligt sich die Bundesregierung eingebettet in den Rahmen der EU an internationalen

Bemühungen zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung Somalias.



Rücknahme von Elektro-Altgeräten verbessern

Die Menge der zu entsorgenden Elektrogeräte ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen, denn Elektronikgeräte haben eine immer kürzere Lebensdauer. Aber die Ressourcen, die in ihnen enthaltenen Rohstoffe sind endlich. Deshalb müssen wir mehr Altgeräte sammeln, Edelmetalle und seltene Erden besser zurückgewinnen und die illegale Entsorgung von Elektroaltgeräten eindämmen. Dazu beraten wir in dieser Woche in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuordnung der Rücknahme und der umweltverträglichen Entsorgung von Elektrogeräten. Künftig müssen Großvertreiber und Onlinehändler Altgeräte beim Kauf eines neuen Gerätes und kleine Geräte wie z.B. Smartphones auch ohne Neukauf zurücknehmen. Außerdem

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

wird das Sammelnetz verdichtet, damit die Rückgabe für die Verbraucherinnen und Verbraucher vereinfacht.

Dem illegalen Export von Elektroschrott soll durch das Einführen einer Beweislastumkehr Einhalt geboten werden.

Wahl der Richterinnen und Richter am BVerfG transparenter machen

Artikel 94 des Grundgesetzes schreibt vor, dass die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts je zur Hälfte vom Deutschen Bundestag und vom Bundesrat gewählt werden. Im Unterschied zum Bundesrat wählt der Deutsche Bundestag die von ihm zu berufenden Richterinnen und Richter nicht unmittelbar, sondern in indirekter Wahl durch einen Wahlausschuss, der aus zwölf Mitgliedern des Deutschen Bundestages besteht. Verfassungspolitisch erscheint die Wahl durch das Plenum des Deutschen Bundestages vorzugswürdig. Der Gesetzesentwurf, der von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages eingebracht wird, sieht vor, die Wahl dem Plenum des Deutschen Bundestages zu übertragen.

Tarifeinheit – Für eine funktionierende Sozialpartnerschaft

Nach unserem Grundgesetz tragen die Sozialpartner die Verantwortung für den fairen Ausgleich der Interessen von Beschäftigten und Arbeitgebern. Tarifautonomie und Tarifpartnerschaft haben einen großen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. Voraussetzung dafür sind starke Gewerkschaften, die das Wohl aller Beschäftigten im Blick behalten und dafür sorgen, dass Arbeit die Wertschätzung erhält, die sie verdient.

Mit dem Gesetz zur Tarifeinheit gehen wir nun – nach Tarifpaket und Mindestlohn – einen weiteren wichtigen Schritt, um die Tarifautonomie zu stärken. Damit kommen wir auch der Aufforderung der Sozialpartner nach, die nach der geänderten Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts im Jahr 2010 eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit gefordert haben.

Das Gericht hatte den bis dahin geltenden Grundsatz „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ aufgehoben, der dazu geführt hatte, dass die Bundesrepublik Deutschland wesentlich weniger Streiktage erlebte als andere Industriestaaten.

Nun schaffen wir klare Regeln für den Fall, dass mehrere Gewerkschaften in einem Unternehmen

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

konkurrieren (Tarifkollision): Hier gilt künftig der Tarifvertrag, der die größte Akzeptanz in der Belegschaft hat. Streikrecht und Koalitionsfreiheit werden durch das Gesetz nicht angetastet – auch wenn die Opposition dies wider besseres Wissen immer wieder behauptet. Vielmehr gilt wie bisher: Ein Arbeitskampf muss verhältnismäßig bleiben. Und darüber entscheiden auch in Zukunft die Arbeitsgerichte.

Das Entscheidende bei der Tarifeinheit ist: Mit ihr wirken wir einer Zersplitterung der Arbeitnehmervertretung entgegen. Und gleichzeitig schützen wir die Belange kleinerer Gewerkschaften durch besondere Verfahrensregeln.

Diese sehen vor: Gegenüber der Arbeitgeberseite erhält die Minderheitsgewerkschaft ein vorgelegtes Anhörungsrecht. Zudem wird ihr nachgelagert ein Recht zur Nachzeichnung des Mehrheitstarifvertrages eingeräumt.



Denn die grundgesetzlich verbrieft Koalitionsfreiheit steht nicht im leeren Raum, sondern ist

verknüpft mit gesellschaftlicher Verantwortung aller Beteiligten.

Wohngeld erhöhen, soziale Mischung der Städte erhalten



Mit dem Gesetzentwurf zur Reform des Wohngeldrechts haben wir uns am Freitag in erster Lesung über die Erhöhung des Wohngeldes zur Entlastung von Haushalten mit geringem Einkommen beraten. Neben unserem Staatssekretär Florian Pronold und meiner Kollegin Ulli Nissen hatte auch ich die Gelegenheit im Plenum einige Worte zum so wichtigen Thema Wohngeld zu äußern.

Der Gesetzentwurf passt das Wohngeld an die Mieten- und Einkommensentwicklung an. Dabei werden künftig die Warmmieten statt der Kaltmieten berücksichtigt. Von der Reform profitieren rund 870.000 Haushalte. Davon waren rund 90.000 Haushalte bisher auf Leistungen aus der Grundsicherung angewiesen. Künftig bekommen

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

deutlich mehr Menschen und jeder Einzelne auch deutlich mehr Wohngeld.

Vor allem in Ballungsräumen und Universitätsstädten sind die Mieter durch steigende Mieten und knapper werdendem Wohnraum unter finanziellen Druck geraten. Durch eine regionale Staffelung steigt das Wohngeld daher stärker in den Gebieten, in denen auch die Mieten überdurchschnittlich stark steigen. Mit der Wohngeldnovelle erfolgt endlich eine Anpassung an die realen Verbraucherpreise, Einkommensverhältnisse und Wohnkosten. Das Wohngeld war zuletzt 2009 an die Mietentwicklung angepasst worden.

Ausbau der Kindertagesbetreuung auf gutem Weg

Im fünften Bericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) wird erst-mals seit Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz die Betreuungssituation in ganz Deutschland seit 2008 bewertet. Es wird deutlich, welche enorme Dynamik der Rechtsanspruch in der Betreuung von Kindern unter drei Jahren ausgelöst hat.

Seit 2008 stieg die Betreuungsquote von 17,6 Prozent auf 32,3 Prozent. Im gleichen Zeitraum ist das Pädagogische Personal um rund 140.000 Personen angewachsen.



Der rasante Betreuungsausbau ging nicht zu Lasten der Qualität: Sowohl Personalschlüssel als auch Gruppengrößen blieben über die Jahre hinweg konstant. Kindertagespflegepersonen sind zunehmend besser qualifiziert. Trotz aller Erfolge bleiben große Baustellen. Es fehlen deutschlandweit noch immer rund 180.000 Plätze für Unterdreijährige.



Außerdem gibt es Regionen, in denen nicht alle offenen Erzieherinnenstellen zeitnah besetzt werden können. Erzieherinnen und Erzieher sind zudem mit der Anerkennung ihrer Arbeit und der Vergütung überwiegend unzufrieden.

Ich wünsche ein schönes Wochenende.

Ihr

